

Quelle

Datum

Ein Jahr Geiseldrama

So auf 3

Irrtümer, Pressionen und Enttäuschung

B133C10

Nach der US-Präsidentenwahl: Hat die Realpolitik jetzt eine Chance? / Von Josef Joffe

Persiens zerstrittene Machthaber konnten sich bis zum letzten Moment nicht für Carter oder Reagan entscheiden, und das „Oktoberwunder“, rechtzeitig zum Auftakt der Präsidentschaftswahl inszeniert, blieb aus: Am 365. Tag der Teheraner Botschaftsbesetzung waren Amerikas Geiseln noch immer in iranischer Gewalt. Das magische Datum des 4. November — Wahl- und Jahrestag zugleich — brachte keine Erlösung, sondern wieder einmal Ernüchterung und Erniedrigung. Amerikas Trauma geht ins zweite Jahr.

Zwar hatten sich die „Studenten“ endlich bereiterklärt, die Geiseln an die Regierung zu überstellen, zwar hatte das Parlament die alte Forderung nach einem amerikanischen Sündenbekenntnis endlich fallengelassen — doch diesmal mochte niemand in Washington diesen Köder recht goutieren. Am Vorabend der Wahl wollte selbst der bedrängte Carter keinen Zweckoptimismus verbreiten: „Ich wünschte, ich könnte vorhersagen, wann die Geiseln heimkehren. Doch ich kann es nicht.“ Sein Außenminister Muskie ließ indirekt durchblicken, daß die iranischen Bedingungen — Nichteinmischung, Freigabe der Guthaben, Niederschlagung aller Rechtsansprüche und Rückgabe des Schah-Vermögens — noch immer unannehmbar seien: „Die Rückkehr der Geiseln wird Zeit, Geduld und Diplomatie erfordern.“

Dabei ging es in diesen 365 Tagen nur vordergründig um einen klassischen zwischenstaatlichen Konflikt, der mit den Mitteln klassischer Diplomatie gelöst werden könnte — mit Angeboten, Verhandlungen und Kompromissen. Von Anfang an entfaltete sich das Geiseldrama vor einem chaotischen Hintergrund innenpolitischer Eruptionen, denen das Netzwerk der Diplomaten, sei es auch noch so fest gezurrt oder fein gesponnen, nie und nimmer standhalten konnte.

Kampf hinter den Kulissen

Dies zeigte sich bereits in dem dunklen Vorspiel, das lange vor dem Überfall der Studenten-Terroristen am 4. November 1979 begann. Kaum hatte Chomeini den Schah zum Jahresbeginn vom Thron gefegt, als er sich orakelnd in die heilige Stadt Ghom zurückzog und die Regierungsgeschäfte einem moderaten, pro-westlichen Technokraten-Team um den 70jährigen Diplomingenieur Mehdi Bazargan überließ. *Business as usual* schien auf einmal wieder in greifbare Nähe zu rücken, zumal Bazargan den Amerikanern im

Herbst — als der krebserkrankte Schah um Asyl bat — eine Sicherheitsgarantie für ihre Teheraner Botschaft übermittelte. Washington glaubte ihm — und beging damit den ersten Fehler in einer langen Kette von Irrtümern und Mißverständnissen, die auf der regelmäßigen Fehleinschätzung der innenpolitischen Triebkräfte beider Seiten beruhte.

„Wir nahmen damals an, daß die Revolution ausgelaufen sei“, bekennt heute ein amerikanischer Regierungsbeamte, „obwohl sie in Wirklichkeit gerade auf Touren kam.“ In der Tat: Im November 1979 stand nicht das Schicksal des „fliegenden Holländers“ Reza Pahlavi (Kissinger) auf dem Spiel, sondern das Überleben der Regierung Bazargan, die just zu diesem Zeitpunkt in das mörderische Kreuzfeuer der linken wie der rechten Fundamentalisten geriet.

Vielleicht glaubten manche der jungen Revolutions-Rocker, sie könnten den „Satan“ Amerika mit der Botschaftsbesetzung wirklich zur Auslieferung des Schah zwingen. Die Drahtzieher hingegen, die Mullahs (rechts) und Mudjaheddin (links), schielten nach einem viel größeren Preis: der ideologischen und politischen Macht in der „Islamischen Republik“, in der es keinen Platz mehr für bürgerliche Fossilien wie Bazargan gab. Zwei Tage nach dem Überfall auf die Botschaft hatte der Mob die Bazargan-Regierung verjagt.

In ihrer Empörung über die infame Verletzung diplomatischer Minimal-Regeln erkannten nur wenige Amerikaner, daß hinter den Kulissen des blutrünstigen Straßentheaters vor der Botschaft

ein nach-revolutionärer Machtkampf abließ. Die Geiseln spielten bloß eine Nebenrolle, aber sie waren zugleich viel zu kostbar, um in einen klassischen Kuhhandel eingebracht zu werden.

Kein Wunder, daß Chomeini schon am 7. November „jeglichen Kontakte“ mit amerikanischen Unterhändlern mit einem Bannfluch belegte. Ihre eigentliche Bestimmung konnten die Geiseln nur im Iran verwirklichen: An ihnen sollte sich zeigen, wer die wahren Erben der islamischen Revolution waren — die halbherzigen Kompromißler um Bani-Sadr und Ghothzadeh oder die „Rechtsgläubigen“ um den Ajatollah Beheshti und den Blutrichter Chalchali. In Persien stand der Feind weder rechts noch links, sondern in der kleinnütigen Mitte.

Quelle

Datum

Im ersten Akt des Geiseldramas mußten Amerikas Gegenmaßnahmen — allesamt aus dem Repertoire der klassischen Diplomatie — deshalb zwangsläufig ins Leere stoßen. Es gab kein vorstellbares Tauschgeschäft (außer der totalen Demütigung Amerikas), und es gab kein Machtzentrum, das überhaupt verhandlungsfähig war.

Anfang Dezember mobilisierte Washington den UN-Sicherheitsrat, der mit russischer Zustimmung auch pflichtgemäß die Freilassung der Geiseln forderte. Darauf ein Sprecher der Besetzer: „Die Resolution ist gegenstandslos und berührt uns in keiner Weise.“ Es folgte der Freilassungs-Befehl des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, der von den Besetzern als „unbedeutend“ verhöhnt wurde. Im Februar kam eine internationale Juristenkommission mit dem Segen der Vereinten Nationen nach Teheran; sie wurden noch nicht einmal zu den Geiseln vorgelassen.

Der zweite Akt begann mit der scheinbaren Konsolidierung der Macht der Gemäßigten. Ende Januar wurde Abolhassan Bani-Sadr mit 75 Prozent aller Stimmen zum Präsidenten der „Islamischen Republik“ gewählt; die Radikal-Klerikalen wurden fürs erste ins Abseits gedrängt. Während der neue Präsident immer deutlicher Kompromißbereitschaft signalisierte, sammelte der abgeschlagene Ajatollah Beheshti seine „Islamisch-Republikanische Partei“ zum Gegenangriff. Seine Stunde schlug Anfang März, als die Besetzer — die neuen Machtverhältnisse witternd — die Geiseln in die Obhut des Revolutionsrates überstellen wollten. Es kam nicht dazu: Am Tage der Übergabe roteten sich vor dem Haupttor der Botschaft plötzlich

Tausende von Demonstranten zusammen, die — Allahs Hilfe gegen die „bösen Kräfte“ erfliegend — ein Kamelopfer auf offener Straße darbrachten und brüllend die „Hinrichtung der Kompromißler“ forderten. Die Geiseln blieben in der Gewalt der „Studenten“.

Auch die Dramaturgie des dritten Aktes wurden von dem Zwang der Innenpolitik diktiert — diesmal auf amerikanischer Seite. Heute sagt Leslie Gelb, damals Spitzenbeamter im State Department: „Wir hätten die ganze Sache soweit wie nur möglich herunterspielen sollen.“ Nur: Im Frühjahr 1980 wurde in Amerika die Vorwahl-Saison eingeläutet, und Carter mußte gegen seinen innerparteilichen Rivalen Kennedy um sein politisches Leben kämpfen. Der Präsident geriet unter den furchtbaren Druck, endlich Erfolge oder zumindestens Muskeln zeigen zu müssen. Es begann die Phase der Pressionen auf Verbündete und der militärischen Drohungen gegen den Iran. Anfang April brach Washington die diplomatischen Beziehungen zu Teheran ab und verhängte einen totalen Handelsboykott. Um Schlimmeres zu vermeiden — Verminderung des Golfs oder andere militärische Interventionen — rangen sich die meisten europäischen Alliierten zu Sanktionen durch. Aber inzwischen hatte Carter dem Pentagon längst den Befehl zur „Operation Blaulicht“ gegeben.

Heute bekennt ein Mitglied des Carter-Teams: „Carter hat damals nicht verstanden, daß der Erfolg dieses Befreiungsunternehmens fast genauso schlimm wie sein Scheitern gewesen wäre“ — mörderische Straßenkämpfe in Teheran, Aufruhr in der islamischen Welt, vielleicht sogar ein Krieg im Golf. So forderte die Operation „nur“ acht Tote — und Carter hatte Glück im Unglück: Der Nachtflug ins Verderben brachte die Ernüchterung, die der stillen Diplomatie wieder eine Chance gab.

Es folgte eine Pause, eine Phase der tastenden Annäherung und schließlich der vierte Akt, der im September mit dem Paukenschlag des irakischen Angriffs auf Iran eröffnet wurde. Erst ließ Chomeini die alte Forderung nach einer amerikanischen

Entschuldigung für frühere „Verbrechen“ gegen Iran fallen, dann begannen die quälenden, chaotischen Debatten im *Majlis*, dem iranischen Parlament, das theoretisch die Verantwortung für die Geiseln übernommen hat. Der innenpolitische Machtkampf in Iran ist noch längst nicht beendet. Bittere Rückschläge sind deshalb nicht ausgeschlossen. Nur: Der verlustreiche Krieg gegen den Irak hat die Innenpolitik fürs erste in den Hintergrund gedrängt und einer kühl kalkulierenden Realpolitik eine ungeahnte Chance verschafft: Iran braucht Waffen und Ersatzteile, und Amerika scheint bereit, ein riskantes Geschäft zu offerieren.

In Amerika liegt Kriegsgerät für eine Milliarde Mark auf Halde, das vom Schah bezahlt worden ist, aber wegen des Embargos nicht ausgeliefert werden kann. Geiseln gegen Gewehr? Zum Wochenbeginn pochte der Parlamentssprecher noch auf die strikte Erfüllung der iranischen Bedingungen: Sonst droht den Geiseln ein Gerichtsverfahren. Der Bonner Botschafter Gerhard Ritzel meint: „Die Geisellaffäre kann noch mindestens zehn Tage dauern.“ Genausogut könnte sie auch Monate dauern, wenn das Parlament auf Bedingungen beharrt, die — so Henry Kissinger — „entweder unerfüllbar, demütigend oder beides sind“.

B133011